

## Der nächste GAU in Europa?

Der in Deutschland verkündete Ausstieg aus der Atomenergie kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass

- bei uns immer noch 8 AKWs in Betrieb sind und 8 weitere im „Nichtleistungsbetrieb“ – d.h. die Wiederinbetriebnahme ist noch möglich! –,
- die Frage der Endlagerung des Atommülls nach wie vor ungeklärt ist und
- akute Gefahren für die Bevölkerung auch vom Transport nuklearer Materialien ausgehen. Hamburg ist die zentrale Drehscheibe Deutschlands zur Ver- und Entsorgung von Atomkraftwerken. Am 1. Mai 2013 entging die Stadt beim Brand des Frachters „Atlantic Cartier“ im Hafen nur knapp einer Katastrophe.

In Europa sind immer noch über 90 AKWs in Betrieb. Sie sind zumeist veraltet und es ist keineswegs unwahrscheinlich, dass der nächste GAU in Europa stattfindet. Noch ist Zeit, die Nuklearanlagen kontrolliert abzubauen. Sollte das nicht rechtzeitig gelingen und es in Europa zu einem weiteren nuklearen GAU kommen, wären wohl kaum genügend Helfer dazu bereit, sich an der Eindämmung der Katastrophe zu beteiligen. Solche Einsätze sind reine Himmelfahrtskommandos. Daher würde die unmittelbare Schädigung von Mensch und Umwelt wahrscheinlich weit katastrophaler ausfallen als nach dem Unfall von Tschernobyl.

### Atomwaffen abschaffen, AKWs abbauen

Wir leben immer noch – und heute wieder verstärkt – mit der Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen und zunehmend mit der Gefahr atomarer Katastrophen. Der einzige Schutz vor der atomaren Verseuchung besteht in der Vernichtung aller Atomwaffen, dem Abbau aller AKWs und der langfristigen neutralen internationalen Kontrolle aller Quellen von Strahlung aus militärischer und „friedlicher“ Nutzung. Wir fordern:

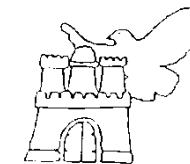
- Sofortige globale Abrüstungsverhandlungen mit dem Ziel der Vernichtung aller Atomwaffen
- Distanzierung der Bundesregierung von der atomaren Erstschlagdoktrin der NATO
- Abzug und Verschrottung, nicht Modernisierung der in Büchel gelagerten US-Atombomben
- Internationale Ächtung des Handels mit Kernbrennstoffen und kerntechnischen Anlagen
- Sofortige Abschaltung und schnellstmöglicher Abbau aller AKWs in Deutschland
- Schließung der Gronauer Urananreicherungsanlage, des Forschungsreaktors Garching und der Brennelementefabrik in Lingen

**Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.?**  
Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, den Irak und Afghanistan aufgerufen. Weitere Informationen: [www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)

V.i.S.d.P.: Thea Rann, 22179 Hamburg

## HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.



### Hiroshima-Tag 2015

## Vor 70 Jahren: US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki

### Kundgebung:

**Donnerstag, 6. August 2015, 17 Uhr  
am „Kriegsklotz“ (S-Dammtor/U-Stephansplatz)**

Am 6. August 1945 warf ein US-Bomber die erste Atombombe über Hiroshima ab. Eine riesige Explosions- und Hitzewelle verwandelte die Hafenstadt in eine lodernde Hölle. Ungefähr 80 Prozent der Stadt wurden sofort zerstört. Drei Tage später fiel eine zweite Bombe auf Nagasaki. Durch beide Bombenabwürfe wurden insgesamt 200 000 Menschen getötet und über 100 000 verwundet. Zu den Opfern gehörten auch viele Zwangsarbeiter aus Korea und China. In den Jahrzehnten danach und bis heute gab es unzählige Opfer infolge der Verstrahlungen. Zum Zeitpunkt dieser beispiellosen Kriegsverbrechen war die Kapitulation Japans ohnehin klar. Ziel der US-Führung war nicht die Beschleunigung der Kapitulation, sondern eine Demonstration ihrer Macht.

### „Friedliche“ Nutzung der Atomenergie?

In den Folgejahren kam es weltweit zum Aufbau nuklearer Waffenarsenale und zur Förderung der Kerntechnik für die sogenannte „friedliche Nutzung“. Der „Atomwaffensperrvertrag“ verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, die Verbreitung der Kerntechnik für zivile Zwecke zu fördern. Doch wer die Technik zur „friedlichen Nutzung“ importiert, erwirbt die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen! Vor allem deshalb wurden und werden Atomkraftwerke (AKWs) weltweit gegen alle wirtschaftliche Vernunft – ohne massive staatliche Unterstützung wäre kein einziges profitabel – und trotz ihrer unkalkulierbaren Langzeitgefahren zur Stromerzeugung eingesetzt.

Das gilt auch für das stark erdbebengefährdete Japan, wo große Teile der Bevölkerung gegen AKWs waren, nicht zuletzt aufgrund der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki. Und natürlich setzten auch im Nachkriegsdeutschland interessierte Kreise auf die „Energie der Zukunft“. Eigene Atomwaffen waren für die BRD nicht durchsetzbar, man musste sich auf Teilhabe an den hier stationierten US-Atombomben und Mitsprache bei der Einsatzplanung

beschränken. Doch wie Japan ist Deutschland eine „schlafende Atommacht“. Deutschland verfügt über eine Urananreicherungsanlage, immense Vorräte an Plutonium und das Know-how und könnte relativ kurzfristig Hunderte von Atombomben bauen. Japan verfügt über mehr als 45 Tonnen Plutonium, genug für mehrere tausend Nagasaki-Bomben.

Solange es Atomwaffen gibt, werden weitere Staaten die Atomtechnik für die angeblich friedliche Nutzung ausbauen. Daran hat auch die Katastrophe von Fukushima – wo immer deutlicher wird, dass sowohl die Betreibergesellschaft Tepco als auch die japanische Regierung mit den Folgen völlig überfordert sind – nichts geändert.

Nur einige Beispiele: Die stark erdbebengefährdete Türkei errichtet mithilfe Russlands an der Mittelmeerküste in Akkuyu ein AKW. Es soll bis zum hundertjährigen Jubiläum der türkischen Republik im Jahr 2023 voll betriebsfähig sein. Ein weiteres AKW soll in Sinop an der Schwarzmeerküste gebaut werden. In Indien gibt es bereits 21 Atomreaktoren und die Regierung will noch Dutzende neue bauen. Im Jahr 2013 wurde in Koodankulam gegen den Widerstand der Bevölkerung an einer stark Tsunami-gefährdeten Küste (ebenfalls mit russischer Hilfe) ein AKW in Betrieb genommen. Jetzt bemühen sich die USA, hier in die „technische Zusammenarbeit“ einzusteigen.

Die britische Regierung plant gemeinsam mit einem französisch-chinesischen Konsortium den Bau von zwei neuen Reaktoren am AKW Hinkley Point im Südwesten Englands. Inzwischen ist nicht mehr zu übersehen, dass AKWs nicht nur gefährlich, sondern auch wirtschaftlich unkalkulierbar sind. Daher mussten die privaten Partner mit einer festen Einspeise-Vergütung für den dort produzierten Atomstrom gelockt werden. Sie liegt deutlich über den Vergütungen für Ökostrom in Deutschland und soll für 35 Jahre gezahlt werden. Dazu wird noch ein Inflationsausgleich gewährt – und der Staat (also die britischen Bürger) nimmt den Kraftwerksbauern praktisch die Haftungskosten ab.

In der Ukraine – Schauplatz der Katastrophe von Tschernobyl – wird etwa die Hälfte des Stroms durch AKWs generiert, dieser Anteil soll durch Ausbau und Modernisierung deutlich gesteigert werden. Die 25-30 Jahre alten ukrainischen AKWs stellen schon im Normalbetrieb ein beträchtliches Sicherheitsrisiko dar. Mit dem Krieg und der Gefahr einer längeren Unterbrechung der Stromversorgung oder eines Flugzeugabsturzes ist das Betriebsrisiko erheblich gestiegen. Die ukrainischen AKWs sind russischer Bauart, die benötigten Brennstäbe werden aus Russland importiert. Seit 2005 wurde mit Brennstäben der US-Firma Westinghouse experimentiert. Ab 2010 folgte der kommerzielle Einsatz der Westinghouse-Brennstäbe in zwei ukrainischen AKWs. Schon 2012 soll es einen schweren Zwischenfall gegeben haben, weil sich Westinghouse-Brennstäbe verbogen hatten. Trotz erheblicher Sicherheitsbedenken in der Ukraine wurde der Vertrag mit Westinghouse inzwischen bis 2020 verlängert.

Mit ihrer Politik der Einbindung der Ukraine in westliche Interessen, die direkt in den Bürgerkrieg führte, haben die USA und die EU die Gefahren, die von der veralteten Kerntechnik der Ukraine ausgehen, deutlich erhöht. Gleichzeitig heizen sie die atomare Aufrüstung an und isolieren Russland. Die Ukraine liegt an der Nahtstelle dieser Auseinandersetzung – aber auch Deutschland ist nicht weit entfernt!

## Modernisierung der US-Atomwaffen – auch der Bomben in Büchel

Vor der Öffentlichkeit gut verborgen scheiterte Ende Mai 2015 die UN-Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York. In diesem Jahr stand die Einhaltung der Abrüstungsverpflichtung der fünf im Vertrag anerkannten Atomwaffenstaaten (Frankreich, Großbritannien, Russland, USA und VR China) im Vordergrund, denn alle diese Staaten investieren kräftig in die Modernisierung ihrer Arsenale. Das vorgelegte Abschlussdokument enthielt keinerlei konkrete Maßnahmen oder Fristen für die Abrüstung. Daher kopelten die atomwaffenfreien Staaten ihre Zustimmung an die Forderung, bis März 2016 eine Konferenz zur Einrichtung einer massenvernichtungsfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten durchzuführen. Dieser Forderung verweigerten Großbritannien und die USA aus Rücksicht auf den Atomwaffenstaat Israel die Zustimmung – damit war die UN-Konferenz gescheitert.

Schon im Oktober 2013 hatte der US-Forscherverband Union of Concerned Scientists (UCS) die schnell steigenden Kosten für die Atomrüstung der USA kritisiert. Die Forscher warfen der US-Regierung vor, unter dem Deckmantel der Modernisierung praktisch neue Nuklearwaffensysteme zu entwickeln. Die US-Regierung wolle in den kommenden 25 Jahren 60 Mrd. Dollar in die Modernisierung ihres nuklearen Arsenal investieren. Das allerdings sei nur ein Bruchteil dessen, was die USA in dieser Zeit insgesamt für ihre Atomwaffen ausgeben würden. So rechnete die UCS allein mit Ausgaben in Höhe von 10 Mrd. Dollar für die Modernisierung der Fliegerbomben vom Typ B61, wie sie auch in Europa und in Deutschland – in Büchel/Rheinland-Pfalz – stationiert sind.



Noch die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte – entsprechend einem einstimmigen Beschluss des Bundestags – den Abzug dieser Atomwaffen versprochen. Davon ist längst nicht mehr die Rede, bis 2020 sollen die ersten „modernisierten“ Bomben verfügbar sein. Die bislang zum senkrechten Abwurf geeigneten Bomben sollen dann zu lenkbaren Waffen umgerüstet sein. Doch mit dieser Umwandlung in zielgenaue Angriffswaffen, die zudem mit unterschiedlicher Sprengladung ausrüstbar sind, sinkt ihre Einsatzschwelle. Der Unterschied zwischen taktischen und strategischen Bomben wird praktisch aufgehoben.

Wegen der völlig neuen Qualität der Sprengköpfe kommt diese „Modernisierung“ einer Neustationierung von Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik gleich, so Andreas Buro. Eine öffentliche Debatte findet dazu nicht statt. Die Bundesregierung will sich durch Modernisierung ihrer Atomwaffen-Trägerflugzeuge, der in Büchel stationierten Tornado-Jagdbomber, direkt an der neuen Aufrüstungsrunde beteiligen.

Zur Umrüstung sollen die Bomben in die USA und zurück geflogen werden – ein ausgesprochen gefährliches Unterfangen, denn die Sprengköpfe der Bomben, auch der neuen Version, sind extrem hitze- und feuerempfindlich.